

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis.....	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Kapitel A: Einführung..... 1

I. Vollstreckungsrecht als Teil des öffentlichen Rechts.....	1
II. Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen	2
III. Die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips im Verwaltungsvollstreckungsverfahren.....	2
IV. Gerichtliche Kontrolle von Verwaltungsvollstreckungsmaßnahmen	4
V. Der Begriff des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens.....	4

Kapitel B: Grundsätze des Verwaltungsvollstreckungsverfahren 5

I. Zweck des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens	5
II. Verwaltungsvollstreckung nach Bundes- und Landesrecht	5
III. Zur Systematik der vollstreckungsrechtlichen Regelungen	8
IV. Zum Verhältnis zwischen SächsPolG und SächsVwVG	9
V. Zum Begriff der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme und dessen Bedeutung	10
VI. Verwaltungsvollstreckungsverfahren als Verwaltungsverfahren.....	12

Kapitel C: Der Vollstreckungstitel als „allgemeine Voraussetzung der Vollstreckung“ 14

I. Keine Verwaltungsvollstreckung ohne Vollstreckungstitel	14
II. Der Vollstreckungstitel nach § 2 SächsVwVG	16
III. Nicht vollstreckbare Verwaltungsakte	35
IV. Sog. faktische Vollziehung	36
V. Der bekannt gegebene und wirksame Vollstreckungstitel	37
VI. Zur Bestimmtheit des Vollstreckungstitels.....	41
VII. Die Begründung des (schriftlich erlassenen) Verwaltungsaktes.....	48
VIII. Nicht vollstreckbare Realakte.....	54
IX. Zum Zusammenhang zwischen Bekanntgabe und Wirksamkeit eines Verwaltungsaktes, der Funktion der aufschiebenden Wirkung und der Unanfechtbarkeit eines Verwaltungsaktes	56
X. Zur Wirksamkeit rechtswidriger Verwaltungsakte	60

Kapitel D: Sonderfall der Vollstreckung aus einem Verwaltungsvertrag 61

I. Sog. Verwaltungsvertrag als Handlungsmöglichkeit der Behörde	61
II. Beispiele aus der Rechtsprechung für öffentlich-rechtliche Verträge (Verwaltungsverträge).....	61
III. Subordinationsrechtlicher Vertrag.....	62
IV. Unterwerfungsklausel nach § 61 VwVfG	62
V. Bestimmtheit der Unterwerfungsklausel	64

VI.	Rechtsschutz des Bürgers gegen eine Vollstreckung aus einem sofort vollstreckbaren Subordinationsrechtlichen Vertrag	64
VII.	Übersicht über die Handlungsformen der Verwaltung und ihre Bedeutung im Verwaltungsvollstreckungsverfahren.....	66
Kapitel E: Der Vollstreckungsschuldner		67
I.	Begriff des Vollstreckungsschuldners	67
II.	Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	67
III.	Nennung des Vollstreckungsschuldners im SächsVwVG	68
Kapitel F: Die Vollstreckungsbehörde.....		69
I.	Unterscheidung zwischen Leistungsbescheiden und sonstigen Verwaltungsakten	69
II.	Abgrenzung zur sog. Anordnungsbehörde	69
III.	Die Vollstreckungsbehörde.....	70
IV.	Vollstreckungskosten.....	71
Kapitel G: Vollstreckungshilfe.....		72
I.	Sonderform der Amtshilfe	72
II.	Die sog. Vollstreckungshilfe	72
III.	Unterschied zur sog. Vollzugshilfe.....	73
Kapitel H: Die unterschiedlichen Maßnahmen in der Verwaltungsvollstreckung und die Einleitung des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens		74
I.	Sollen Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet werden?	74
II.	Innerbehördliche Entscheidung der Vollstreckungsbehörde	75
III.	Auswahl zwischen mehreren Zwangsmitteln.....	76
IV.	Vorrang des Zwangsmittels des „Zwangsgeldes“	77
Kapitel I: Sonderfall der Fiktion der Abgabe einer Willenserklärung nach § 24 a i. V. m. § 19 Abs. 2 Satz 2 SächsVwVG		79
I.	Begründung aus dem Gesetzentwurf der Staatsregierung.....	79
II.	Unanfechtbarer Verwaltungsakt.....	79
III.	Gesetzliche Voraussetzungen.....	79
IV.	Mitteilung der Anordnungsbehörde.....	79
V.	Beispiel aus der Rechtsprechung	80
Kapitel J: Die Androhung einer Vollstreckungsmaßnahme		81
I.	Androhung eines Zwangsmittels als Beginn des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens.....	81
II.	Grundsätzliche schriftliche Androhung ohne vorherige Anhörung des Vollstreckungsschuldners	81
III.	Androhung als 1. Stufe des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens	82
IV.	Androhung als sog. akzessorischer Verwaltungsakt.....	83

V.	Beachtung des Bestimmtheitsprinzips.....	83
VI.	Fristbestimmung bei der Androhung	85
VII.	Verbindung der Androhung mit dem vorausgegangenen Grund- verwaltungsakt.....	86
VIII.	Erneute Zwangsmittelandrohungen.....	88
IX.	Androhung durch die Widerspruchsbehörde	89
X.	Zur Androhung von Zwangsgeld	90
XI.	Zur Androhung der Ersatzvornahme	106
XII.	Zur Androhung des unmittelbaren Zwangs.....	110
XIII.	Praktisches Beispiel der gleichzeitigen Androhung von unmittelba- rem Zwang und Ersatzvornahme	115

Kapitel K: Die Festsetzung des vorher angedrohten Zwangsgeldes 117

I.	Festsetzung nach Zwangsgeldandrohung	117
II.	Festsetzung nur beim Zwangsmittel „Zwangsgeld“	117
III.	Zwangsgeldfestsetzung als Leistungsbescheid.....	118
IV.	Isolierte schriftliche Zwangsgeldfestsetzung.....	118
V.	Beweis der Erforderlichkeit der Zwangsgeldfestsetzung	119
VI.	Beispiele aus der Rechtsprechung	119
VII.	Festsetzung mit erneuter Androhung	120
VIII.	Fälligkeit des festgesetzten Zwangsgeldes	120
IX.	Verhältnis der Zwangsgeldfestsetzung zum vorangegangenen Grundverwaltungsakt einschl. Androhung.....	123
X.	Zum maßgeblichen Zeitpunkt für die Rechtmäßigkeit der Zwangs- geldfestsetzung.....	125
XI.	Übersicht zum abgestuften Verwaltungsvollstreckungsverfahren bei den Zwangsmitteln nach § 19 SächsVwVG	128

Kapitel L: Die Anwendung der Vollstreckungsmaßnahme 129

I.	Das Vollstreckungsverfahren abschließende Maßnahme	129
II.	Zu beachtende allgemeine Vollstreckungsvorschriften, §§ 5–10 SächsVwVG	130
III.	Anwendung des Vollstreckungsmittels des Zwangsgeldes (sog. Beitreibung von Leistungsbescheiden).....	130
IV.	Sonderfall der Zwangshaft nach uneinbringlichem Zwangsgeld	132
V.	Zur Anwendung der Ersatzvornahme (in Abgrenzung zur sog. „unmittelbaren Ausführung nach § 8 Abs. 1 SächsPVDG) einschl. der sich anschließenden Kostenforderung.....	138
VI.	Zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs.....	141
VII.	Sonderfall der Versiegelung nach § 79 Abs. 2 SächsBO.....	144
VIII.	Sonderfall nach § 16 a Tierschutzgesetz (bundesrechtliche Regelung).....	145

Kapitel M: Abschleppen von Kraftfahrzeugen.....	147
I. Abgrenzung zwischen Ersatzvornahme und unmittelbarer Ausführung	147
II. Praktische Abschleppfälle.....	147
III. Anmerkungen zu den besprochenen Abschleppfällen	177
IV. Prüfungsaufbau zu den Kostenforderungen bei Ersatzvornahme und unmittelbarer Ausführung	180
V. Bescheid über die Anforderung der Kosten einer Ersatzvornahme.....	187
Kapitel N: Die Vollstreckungshindernisse	191
I. Allgemeines zur Einschränkung und Beschränkung der Vollstreckung.....	192
II. Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips.....	192
III. Einstellung im Zusammenhang mit gerichtlichen Eilverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	193
IV. Erledigungsfälle	194
V. Zur Erzwingung einer Duldung oder Unterlassung dürfen Zwangsmittel nicht mehr angewandt werden, wenn eine weitere Zuwerhandlung nicht mehr zu befürchten ist (§ 19 Abs. 5 Satz 2 VwVG)	
VI. Sonderfall der Einstellung von Verwaltungsvollstreckungsmaßnah- men wg. der Sperrwirkung des § 12 GewO.....	200
Kapitel O: Unbeachtliche Fehler im Verwaltungs- und Vollstreckungs- verfahren.....	205
I. Übersicht über Fehler im Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren	205
II. Unbeachtliche Fehler	205
Kapitel P: Das rechtswidrige Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren	207
I. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	207
II. Rechtswidrigkeit als „mittelschwerer“ Fehler	207
III. Der Begriff der „Rechtswidrigkeit“ des Verwaltungsaktes	207
IV. Der rechtswidrige Grundverwaltungsakt.....	213
V. Die rechtswidrige Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme.....	213
VI. Rechtswidrige Verwaltungsakte sind wirksam.....	214
VII. Die Auswirkungen der Rechtswidrigkeit auf den Verwaltungsakt	215
Kapitel Q: Das nichtige Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren.....	217
I. Grundnorm des § 44 VwVfG.....	217
II. Folge der Nichtigkeit.....	218
III. Beispiele aus der Rechtsprechung für nichtige Verwaltungsakte.....	218
Kapitel R: Rechtsschutz im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	220
I. Grundsatz des Rechtsschutzes.....	220
II. Rechtsschutz gegen den Grundverwaltungsakt	221
III. Rechtsschutz gegen die Androhung eines Zwangsmittels	223
IV. Rechtsschutz nur gegen eine Zwangsgeldfestsetzung.....	224

V.	Rechtsschutz gegen die Anwendung des Zwangsmittels	225
VI.	Rechtsschutz gegen eine Vollstreckung aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag (sog. Verwaltungsvertrag)	228
VII.	Rechtsschutz gegen eine Kostenforderung im Anschluss an eine Ersatzvornahme oder unmittelbare Ausführung (Leistungsbescheid)	228
VIII.	Übersicht über den Rechtsschutz im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	229
IX.	Folgen des für den Vollstreckungsschuldner erfolgreichen Rechtsschutzes.....	232
X.	Abschließende Anmerkungen zum Rechtsschutz im Verhältnis zwischen dem Grundverwaltungsakt (Vollstreckungstitel) und nachfolgenden Verwaltungsvollstreckungsmaßnahmen.....	237

Kapitel S: Prüfungsschema der Rechtmäßigkeit eines belastenden Verwaltungsaktes (als Ausgangspunkt einer späteren evtl. Vollstreckung)..... 241

I.	Rechtsgrundlage, Gesetzesvorbehalt in der Eingriffsverwaltung (Art. 20 Abs. 3 GG).....	241
II.	Formelle Rechtmäßigkeit, § 46 VwVfG.....	241
III.	Materielle Rechtmäßigkeit.....	242

Kapitel T: Prüfungs- und Ablaufschema bei einer Vollstreckung sonstiger Verwaltungsakte (im Anschluss an den Grundverwaltungsakt) 244

I.	Rechtsgrundlage der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme	244
II.	Formelle Rechtmäßigkeit der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme	244
III.	Materielle Rechtmäßigkeit der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme.....	244
IV.	Evtl. Vollstreckungshindernisse (§§ 2a, 19 Abs. 5 SächsVwVG) sind in jedem Verfahrensstadium zu beachten!	245

Anhänge:

I.	Verwaltungsvollstreckungsgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG).....	247
II.	Neu strukturiertes Polizeirecht des Freistaates Sachsen	
1.	Gesetz über die Aufgaben Befugnisse, Datenverarbeitung und Organisation des Polizeivollzugsdienstes im Freistaat Sachsen (Sächsisches Polizeivollzugsdienstgesetz – SächsPVDG) §§ 1–46, sowie Teil 4, Organisation der Polizei (§§ 97–105)	257
2.	Gesetz über die Aufgaben, Organisation, Befugnisse und Datenverarbeitung der Polizeibehörden im Freistaat Sachsen (Sächsisches Polizeibehördengesetz – SächsPBG)	280

Stichwortverzeichnis	295
----------------------------	-----